

Anmerkungen zu den Wahlen zum nordirischen Parlament

(Dieser Text stammt aus der Zeit vor Paddy, aber nicht von ihm, als wir noch von einem Drucktermin Ende Februar ausgingen. Aktuelle Wahlberichterstattung folgt dann weiter unten! *Die Redaktion*)



Wenn am 2. März 2017 die Northern Ireland Assembly, auch gerne als Stormont Parlament bezeichnet, neu gewählt wird, dann gut 4 Jahre und 2 Monate vor dem eigentlich vorgesehenen Wahltermin (Anfang Mai 2021). Der britische Nordirlandminister James Brokenshire, seit Juli 2016 im Amt, musste deshalb Neuwahlen ansetzen, weil der „Deputy First Minister“, also der stellvertretende erste Minister, Martin McGuinness, zurückgetreten

war und seine Partei, die republikanische Sinn Féin, sich geweigert hatte, innerhalb des möglichen kurzen Zeitfensters eine/n alternative/n Kandidat/in zu nominieren. Da erster Minister und stellvertretender erster Minister absolut gleichberechtigt sind und nur gemeinsam an der Spitze der Exekutive stehen können, bedeutete dies letztlich die Auflösung des erst Anfang Mai 2016 gewählten Parlaments, und damit Neuwahlen.

Auslöser des Ganzen war nicht der angeschlagene Gesundheitszustand von Martin McGuinness – dieser dürfte aber ein Hauptgrund dafür sein, dass er bei diesen Wahlen nicht mehr antreten wird. Nein, Auslöser war ein Skandal, in welchen v. a. seine Kollegin und Erste Ministerin Nordirlands, Arlene Foster von der DUP (Demokratisch Unionistische Partei) involviert ist. Während ihrer Zeit als Ministerin für Enterprise, Trade and Investment (jetzt: Department for the Economy) wurde durch ihr Ministerium eine sehr interessante, potentiell klimafreundliche Maßnahme eingeführt: Mit der „Renewable Heat Incentive“ können Unternehmen Fördergelder abrufen, um von umweltfeindlichen fossilen Heizmaterialien auf umweltfreundliche (Holz Pellet Kessel) umzusteigen.

Dummerweise wurde vergessen, die auszahlenden Beträge zu deckeln, so dass es sich (sogar sehr!) lohnte, sogar bei geöffneten Fenstern Tag und Nacht ohne Ende zu heizen, denn mit jedem so ausgegebenen Pfund Stg. bekam das

Unternehmen Stg. 1,60 zurück – „Cash for Ash“ (Cash für Asche)! Der Energieverbrauch stieg dramatisch an! Eine der wichtigen Fragen in diesem Zusammenhang ist, ab wann Arlene Foster darüber Bescheid wusste und was sie tat (oder eben auch nicht), diese Fördermaßnahme zu korrigieren – denn diese Maßnahme wird das nordirische Budget mit umgerechnet mindestens €460 Mio. belasten, für Nordirland ein ungeheuerlich hoher Betrag!

Als ihr Nachfolger Jonathan Bell (ebenfalls DUP!) diese Maßnahme stoppen wollte, wehrte sich Foster vehement und lautstark dagegen – sie war mittlerweile als Nachfolgerin von Peter Robinson erste Ministerin geworden.

McGuinness forderte Arlene Foster auf, einer unabhängigen Untersuchung zuzustimmen und bis zu deren Ergebnisveröffentlichung vorläufig ihr Amt ruhen zu lassen. Dies lehnte sie ab – woraufhin McGuinness zurücktrat.

Aber auch andere Prozesse und Entwicklungen dürften zum Rücktritt und zu den Neuwahlen beigetragen haben: So verweigerte die DUP beispielsweise Mittel zur Durchführung von Untersuchungen von Todesfällen während der „Troubles“; oder sie strich Mittel für ein Projekt zur irisch-gälischen Sprache. Im Hintergrund brodelte aber auch noch das sog. „Project Eagle“: Unklar ist, wer vom Verkauf des gesamten nordirischen Darlehensportfolios finanziell profitiert hatte. Letzteres hatte NAMA (die im Jahre 2008 eingerichtete „Bad Bank“ der Republik Irland) von den hochverschuldeten Bauunternehmern übernommen und dann für Stg. 1,24 Mrd. an den amerikanischen Vulture Fund („Geierfonds“) Cerberus verkauft. (Dieser bezahlte übrigens auf die mit diesem Kauf einhergehenden Millionen-Gewinne nur Stg. 1.596.00 an Steuern, ein effektiver Steuersatz von 0.001%!). Selbst der damalige erste Minister, Peter Robinson, musste im Oktober über zwei Stunden lang dem nordirischen parlamentarischen Finanzkontrollausschuss Rede und Antwort stehen, u.a. auch hinsichtlich der Frage, ob er persönlich von diesem Deal profitiert hatte. Und der damalige Vorsitzende dieses Ausschusses, Daithi McKay von Sinn Fein, musste sogar seinen Parlamentssitz aufgeben, weil der Verdacht aufkam, dass er einen dort befragten Zeugen vor der Befragung beraten/unterwiesen hatte. Und dann ist da ja noch etwas: Brexit! Die DUP setzte sich aktiv für Sinn Fein gegen Brexit ein – ein tiefer Riss, der durch die „Regierungskoalition“ von DUP und Sinn Fein ging. Auch die Ulster Unionist Party (UUP), die (eher nationalistische) sozialdemokratische Arbeiterpartei SDLP, die Alliance Party, die nordirischen Grünen waren/sind Gegner des Brexit. Das Wahlvolk stimmte mit 55,8% der abgegebenen Stimmen gegen den Brexit!



Letzteres ist deshalb besonders interessant, weil es einen Blick auf eine sich verändernde politische Landschaft in Nordirland gewährt. Neue politische Mischungen und Spaltungen tun sich auf, sowohl innerhalb als auch außerhalb des nordirischen Parlaments, und es wird beispielsweise spannend sein zu beobachten, ob sich die Wahlergebnisse im März in den Bahnen der letzten Jahre einpendeln werden oder auch nicht. Ob also die DUP die größte unionistische, Sinn Fein die größte nationalistische Partei bleiben wird. Oder ob Sinn Fein möglicherweise die Partei mit den meisten Parlamentariern insgesamt werden wird. Und bis zu welchem Grad Parteien und Gruppierungen wie die Greens, People Before Profit sowie die Alliance Partei zulegen werden und es damit zu Verschiebungen innerhalb des unionistischen, nationalistischen beziehungsweise des „weder/noch“ Lagers kommen wird.

Brexit hat auf den ersten Blick das Potential, die Spaltungen der nordirischen Gesellschaft entlang der bekannten Linien „katholisch/nationalistisch“ vs. „protestantisch/unionistisch“ zu re-aktualisieren. Eines der Ergebnisse des Friedensprozesses der vergangenen knapp 20 Jahre war, dass sich eine recht stabile politische Entität in Nordirland entwickelt hat, welche einerseits den protestantischen Unionismus schützte und gleichzeitig die katholischen Nationalisten integrierte. Zugleich differenzierte sich die nordirische Gesellschaft aber auch auf neue Weise: Es entwickelten und entwickeln sich quasi neue Minoritäten.

Laut letztem Zensus (2012) betrachten sich „nur“ noch 38% der Nordiren als „britisch“, „nur“ noch 25% als irisch, aber 20% als nordirisch! Entlang „religiöser“ Selbstdefinition bezeichneten sich noch 41% als Protestanten, 40% als Katholiken, aber die enorme Zahl von 17% verweigerte sich einer Zuordnung!

Dies dürfte sich seither noch weiter differenziert haben – und so ist es auch keine Überraschung mehr, dass mittlerweile und erstmals in der Geschichte Nordirlands dort weniger als 50% der nordirischen Bevölkerung zur „Protestant Community“ zu zählen sind! Und dies in einem Staat, dessen Grenzen in den früher 1920er Jahren auch unter dem Aspekt der permanenten Sicherung und Garantie einer protestantisch-unionistischen Mehrheit gezogen wurden. Mit Brexit und vor allem ihrem aktiven Eintreten dafür hat die DUP möglicherweise den auch sie schützenden Mechanismus, das Karfreitagsabkommen, stark geschwächt. Ganz abgesehen davon, dass davon ausgegangen werden kann, dass für die englisch-nationalistischen Brexit-Befürworter die Union (mit Nordirland, Schottland) nicht von überragender Bedeutung ist. Und rein materiell betrachtet: Woher sollen die Finanzmittel kommen, die seitens der EU in die verschiedenen Segmente Nordirlands geflossen sind?

Mit Brexit sind sehr wahrscheinlich die Fundamente des Friedensprozesses deutlich geschwächt. Denn das Friedensabkommen basiert darauf, dass mit der Situation in Nordirland auf besondere, einzigartige Art und Weise umgegangen werden muss. Dass Änderungen des Status Nordirlands nur auf der Basis des Einverständnisses einer Mehrheit der Bevölkerung erfolgen dürfen. Dass Nordirland und Großbritannien Teile der EU sind. Somit ist auch mehr als fraglich, ob die DUP mit ihrem Eintreten für Brexit tatsächlich das Wohl der nordirischen Bevölkerung insgesamt, ja selbst das Wohl ihrer eigenen Wähler ins Zentrum gestellt hat! Die Wahl im März wird auch Aufschluss über die Beurteilung dieser Frage durch die Bevölkerung geben. Wird Brexit zum Hauptwahlkampfthema wird die Wahl auch eine Aussage sein, ob Nordirland weiterhin mehrheitlich zur EU gehören will – oder doch „nur“ als ein Teil Großbritanniens gesehen werden will.

Allerdings, und das wird die Bewertung des Wahlergebnisses schwieriger machen: Bei dieser Wahl werden nicht mehr, wie bisher, 108 MLAs (Members of the Legislative Assembly), sondern nur noch 90 gewählt! Das heißt, dass aus jedem Wahlkreis statt sechs nur noch fünf Abgeordnete kommen werden.

Damit sind die Barrieren für unabhängige Kandidatinnen oder Kandidaten kleinerer Gruppierungen höher geworden, denn diese sind häufig erst zum Ende der Auszählung und nach vielen Stimmübertragungen ins Parlament eingezogen. Das seit 1998 geltende ursprüngliche Arrangement sollte ja auch sicherstellen, dass sonst nur schwer zu hörende Stimmen im parlamentarischen Chor präsentiert und hörbar sein sollten. Man denke an die Frauenkollation; oder eben auch an die PUP (Progressive Unionist Party) und die UDP (Ulster Democratic Party), deren Repräsentanten politisch paramilitärische loyalistische Gruppen vertraten.

Es wird also sehr spannend werden, ob und bis zu welchem Grad bereits bei dieser Wahl gesellschaftliche Umschichtungen ihren politischen Ausdruck finden werden. Hatten sich schon seit der letzten Wahl die drei Parteien UUP

(Ulster Unionist Party), SDLP (Social Democratic and Labour Party) und die Alliance gewweigert, die ihnen zustehenden Plätze und Posten in der Regierung einzunehmen und stattdessen versucht, eine Art innerparlamentarische Opposition zu bilden, so könnte diese Art Opposition in gewissem Sinne nach dieser Wahl deutlich bunter werden: Neben den fünf „großen“ Parteien stellen auch wieder die Grünen in jedem Wahlkreis eine/n Kandidat/in. Deren Parteichef, der Politikwissenschaftler Stephen Agnew und seine stellvertretende Fraktionsvorsitzende Clare Bailey sehen die nordirischen Grünen längst als eine „post-conflict party“, die sich den modernen gesellschaftlichen und zukünftigen Problemen widmet (Klimawandel, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, häusliche Gewalt, gleichgeschlechtliche Ehen [...]) und sich von den „alten“, im Sektierertum und in der Vergangenheit verankerten Spaltungen und Strukturen verabschiedet (hat). Es wird auch sehr spannend sein, zu sehen, ob die sozialistische PBP (People Before Profit) im Kernland von Sinn Fein, in West Belfast (hier stellt sie dieses Mal sogar zwei Kandidaten!) sowie in Derry (der Journalist und Schriftsteller Eamonn McCann ist weit über Irlands Grenzen hinaus bekannt), ähnlich stark abschneiden wird wie im Mai 2016, und ob u.U. sogar noch weitere ihrer insgesamt sechs Kandidaten gewählt werden. PBP trat übrigens wegen der Austeritätspolitik der EU, wegen ihres Verhaltens Griechenland gegenüber, ihrer restriktiven Asylpolitik wegen, aber auch wegen des in ihren Augen undemokratischen Charakters der EU und ihrer zunehmenden Militarisierung wegen für den Brexit ein. Am anderen Ende des politischen Spektrums wird interessant werden, ob die TUV (Traditional Unionist Voice), die Konservativen und UKIP an der Stimmzahl der DUP werden knabbern können. Oder aber, ob die UUP, lange Zeit ja die mit Abstand größte unionistische Partei, dank ihrer Brexit-Skepsis zulegen kann. Auch das Abschneiden der in der Mitte angesiedelten Alliance Party, deren Vertreter und Wähler aus beiden traditionellen Lagern kommen und die als überkonfessionell und liberal gilt, wird von großem Interesse sein.

Umbrüche stehen an. Nach dem Rückzug von Martin McGuinness und der Wahl von Michelle O’Neill (Wahlkreis Mid Ulster) zur Fraktions-Chefin Sinn Feins im nordirischen Parlament steht dort erstmals jemand ganz vorne, die während der heißen Phase des Nordirlandkonflikts nicht aktiv involviert war. Dies gilt im Übrigen auch für den neuen Parteichef der SDLP, den aus Derry kommenden Colm Eastwood. Wir erkennen, dass sich zum einen innerhalb der etablierten Parteien Änderungen abzeichnen, die sich eben z.T. auch im Personalwechsel ausdrücken. Sehr wahrscheinlich ist aber auch eine Vergrößerung der „Neither“-Fraktion, also derjenigen, die sich keinem der beiden Lager (Unionismus, Nationalismus) zuordnen lassen wollen – und die möglicherweise sogar in Zukunft durch das punktuelle „Wechseln“ in das eine oder andere Lager ihren Einfluss erhöhen und den Dualismus durchbrechen können. Wie weit die Veränderungen gehen werden wird also eine der ganz spannenden Fragen gerade bei dieser Wahl sein. Und erst recht bei der dann folgenden.

*Eckhard Ladner
EBZ Irland*

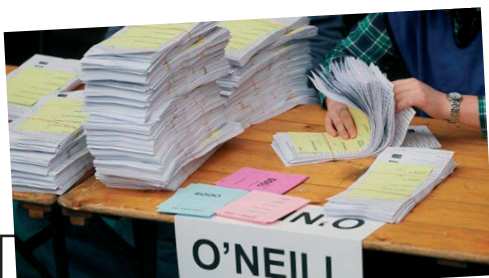
Wahlen in Nordirland 2017 – Zahlen, Fakten, Hintergründe



Das nordirische Parlament, Northern Ireland Assembly (Nordirlandversammlung), umfasst seit dieser Wahl 90 Sitze. Bislang hatte die Versammlung 108 Sitze. Die Reduzierung kam zustande, indem sich in jedem Wahlkreis nur fünf Kandidaten zur Wahl stellen konnten. Bisher waren es sechs Kandidaten gewesen. Insgesamt stellten sich 228 Kandidaten für die 90 Sitze zur Wahl.

Und so wurde gewählt ...





Und so wurde gewählt – im Vergleich zur Wahl 2016!

Bitte die geänderte Gesamtanzahl der Sitze beim Lesen der Zahlen in Betracht ziehen!



DUP (Democratic Unionist Party)

Sitze nach der letzten Wahl: 38 (29,2 %)

Sitze aktuell: 28 (28,1 %)

Vorsitzende: Arlene Foster, seit dem 17.12.2015



APNI (Alliance Party of Northern Ireland)

Sitze nach der letzten Wahl: 8 (7 %)

Sitze aktuell: 8 (9,1 %)

Vorsitzende: Naomi Long, seit dem 26.10.2016



Sinn Féin

Sitze nach der letzten Wahl: 28 (24 %)

Sitze aktuell: 27 (27,9 %)

Fraktionsvorsitzende: Michelle O'Neill, seit dem 23.1.2017



Green (NI) (Green Party in Northern Ireland)

Sitze nach der letzten Wahl: 2 (2,7 %)

Sitze aktuell: 2 (2,3 %)

Vorsitzender: Steven Agnew, seit dem 10.1.2011



UUP (Ulster Unionist Party)

Sitze nach der letzten Wahl: 16 (12,6%)

Sitze aktuell: 10 (12,9 %)

Vorsitzender: Mike Nesbitt, seit dem 31.1.2012



PBPA (People Before Profit Alliance)

Sitze nach der letzten Wahl: 2 (2,0 %)

Sitze aktuell: 1 (1,8 %)

Vorsitz: kollektive Führung,
Spitzenkandidat: Eamonn McCann



SDLP (Social Democratic and Labour Party)

Sitze nach der letzten Wahl: 12 (12 %)

Sitze aktuell: 12 (11,9 %)

Vorsitzender: Colum Eastwood, seit dem 14.11.2015



TUV (Traditional Unionist Voice)

Sitze nach der letzten Wahl: 1 (3,4 %)

Sitze aktuell: 1 (2,6 %)

Vorsitzender: Jim Allister, seit dem 7.12.2007

Der verbleibende Sitz wurde bislang von einem parteilosen Abgeordneten eingenommen. Das ist auch nach dieser Wahl wieder der Fall.

Erfreulich ist die Wahlbeteiligung. Diese lag deutlich über jener vor einem Jahr, nämlich bei 64,78 Prozent. Konkret bedeutet dies, dass 109.000 Menschen zusätzlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Die Hintergründe der vorgezogenen Wahlen

Im Mai 2013 erklärte die damalige Nordirlandministerin, Teresa Villiers, dass die Wahlen zur nächsten Nordirlandversammlung auf den Mai 2016 verschoben und ab dann in genau festgelegten Intervallen von fünf Jahren stattfinden würden. Gewählt werden sollte immer am ersten Donnerstag im Mai. Somit sollte die nächste Wahl am 6. Mai 2021 abgehalten werden. Allerdings sieht der Northern Ireland Act von 1998 unter bestimmten Umständen auch eine vorzeitige Auflösung der Versammlung vor.

Martin McGuinness von Sinn Féin, stellvertretender First Minister, hat am 09.01.17 aus Protest gegen diverse politische Entscheidungen sein Amt niedergelegt. Es ging beispielsweise um einen Skandal hinsichtlich der Förderung erneuerbarer Energien, ferner um die Weigerung der DUP, Untersuchungen im Hinblick auf Ermordungen während der Zeiten der Unruhen/Troubles finanziell zu unterstützen sowie die Beendigung der finanziellen Unterstützung eines Projektes zur Förderung der irischen Sprache. First Minister Arlene Foster von der DUP trug die Verantwortung für die Probleme, die in Zusammenhang mit der Förderung erneuerbarer Energien entstanden waren, weigerte sich jedoch, für die Zeit in dem ein Untersuchungsausschuss das Thema beleuchten sollte, ihr Amt niederzulegen. Somit legte McGuinness sein Amt niedergelegt, denn das Abkommen von 1998 sieht vor, dass, im Zuge der Macht-Aufteilung, der First Minister mit dem Rücktritt des stellvertretenden First Minister automatisch das Amt ebenfalls verliert (*siehe hierzu auch den Beitrag von Eckhard Ladner in diesem Heft, Anm. der Red.*).

Sinn Féin hatte sieben Tage Zeit, und zwar genau bis 17 Uhr am 16.01.17, eine(n) neue(n) stellvertretende(n) Minister(in) zu benennen, ließ die Frist jedoch verstreichen. Als Konsequenz hieraus hat der Nordirlandminister James Brokenshire noch am selben Tag vorgezogene Neuwahlen für den 02.03.17 angedordnet.

McGuinness erklärte anschließend, dass er sich nicht mehr zur Wahl stellen werde. Als Grund nannte er gesundheitliche Probleme. Er trat als Vorsitzender der Sinn Féin Gruppe in der Nordirlandversammlung zurück. Seine Nachfolgerin wurde Michelle O'Neill.

Die Auswirkungen der Wahl

Die größten Verluste, vor allem im Hinblick auf die Sitzverteilung, hatte die DUP zu verzeichnen, die bislang stärkste Partei in Nordirland war. Zwar verfügt sie noch immer über eine hauchdünne Mehrheit, aber, aufgrund der Sitzverluste der UUP und der Sitzgewinne der SDLP, liegt insgesamt das nationalistische Lager um Sinn Féin knapp vorne. Der UUP Vorsitzende Mike Nesbitt hat denn auch gleich die Konsequenz gezogen und ist von seinem Amt zurückgetreten. Die Regierungsbildung dürfte demnach spannend werden. Die Tatsache, dass die DUP die Marke von 30 Sitzen verpasst hat, bedeutet auch, dass sie kein Veto bei Gesetzen mehr einlegen kann. So gilt es als wahrscheinlich, dass beispielsweise das Gesetz zur Heirat gleichgeschlechtlicher Paare das Parlament passieren wird.

Wesentliche Beachtung muss man wohl zwei Kommentaren des Sinn Féin Vorsitzenden Gerry Adams zukommen lassen, die er unmittelbar nach der Wahl getätigt hat. Einmal sagte er, die nordirische Bevölkerung habe bei dieser Wahl ein klares Votum gegen den Brexit abgegeben, denn die DUP befürwortet den Brexit. Zum anderen erklärte er, dass das Wahlergebnis den Wunsch nach einem wiedervereinigten Irland widerspiegele.

Es bleibt nun vor allem abzuwarten, ob DUP und Sinn Féin sich zusammenraufen werden, um eine stabile Regierung in Nordirland zu gewährleisten. Entscheidend dabei wird wohl das Verhalten von Arlene Foster sein. Sinn Féin fordert nach wie vor, dass Frau Foster ihr Mandat ruhen lässt, während ein Untersuchungsausschuss ihre Rolle in dem „Renewable Heat Scandal“ unter die Lupe nimmt. Foster weigert sich aber standhaft, dies zu tun. Sollten alle Bemühungen einer Regierungsbildung scheitern, könnte dies bedeuten, dass es erneut zu Wahlen kommt. Eine weitere Konsequenz könnte aber auch sein, dass Nordirland in allen Belangen wieder direkt von Westminster aus regiert würde. Dieses Szenario wäre ein immenser Rückschritt für das Land.

Markus Dehm

PS: Frauensache?

Die Frist zur verpflichtenden, gemeinsamen Regierungsbildung lief genau zwischen Drucklegung dieser Ausgabe und Ankunft im Briefkasten ab. Es sah zuletzt nicht nach danach aus, als ob die beiden grundverschiedenen Frauen, Arlene Foster und Michelle O'Neill, einen gemeinsamen Ansatz finden würden.

Von London aus regiert zu werden, kennen die Nordiren zur Genüge. Mit einem intelligenten Nordirlandminister ist das im Normalfall auch kein zu großes Problem. In dieser Zeit aber könnte das mehr als kritisch sein. London ist „abgelenkt“ durch den anstehenden Brexit – und durch den zusätzlichen, erneuten Ruf nach Unabhängigkeit in Schottland. All dieses mit seinen Auswirkungen auf die nur noch auf Landkarten vorhandene Grenze zwischen Irland und Nordirland, die faktisch wieder neu errichtet werden müsste – als EU-Außengrenze.

Grund zur Sorge? Eher ja, weil unbedachte Entwicklungen auch zum Wiedererstarken von extremistischen Positionen in Nordirland führen könnten. Vielleicht wird derzeit hinter den Türen mehr verhandelt, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Es wäre richtig so, denn das segensreiche Karfreitagsabkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der vor allem auch die Regierungen in London und Dublin in die Pflicht nimmt.

(Die Redaktion)

Das Karfreitagsabkommen – ein Überblick ...





Arlene Foster

Colum Eastwood,
SDLP, mit Familie



Jubel bei Sinn Féin

McDonald, O'Neill,
Adams, Flynn



Mike Nesbitt bei der Wahl

Naomi Long,
Alliance Party



O'Neill und Foster

Wahlkreis West Belfast,
Sinn Féin – Órlaithí Flynn



WACH DER WAHL

Das Karfreitagsabkommen – ein Überblick

Das Karfreitagsabkommen (englisch: Good Friday Agreement, Belfast Agreement oder Stormont Agreement, irisch Comhaontú Aoine an Chéasta) ist ein Übereinkommen zwischen der Regierung der Republik Irland, der Regierung Großbritanniens und den Parteien in Nordirland vom 10. April 1998.

Mit dem Karfreitagsabkommen wurde die seit den 1960ern gewaltgeladene Phase des Nordirlandkonflikts beendet und in eine politische Konsenssuche überführt. Zwar gab es nach dem Karfreitagsabkommen noch einzelne Gewalttaten, diese haben aber keinen Rückhalt in der Bevölkerung und eskalieren nicht mehr.

Bei getrennten Referenden in der Republik Irland sowie in Nordirland wurde das Abkommen bestätigt. Es geht um einen modus vivendi zum Nutzen der Bevölkerung Irlands.

Bestandteile

- Die Regierung der Republik Irland verzichtet auf ihre Forderung nach einer Wiedervereinigung mit Nordirland.
- Irische und nordirische Behörden arbeiten zusammen.
- Die paramilitärischen Truppen der Irish Republican Army (IRA), der Ulster Defence Association (UDA) sowie der Ulster Volunteer Force (UVF) erklären ihre Bereitschaft zur Entwaffnung.
- Die Entlassung von Untergrundkämpfern aus dem Gefängnis wird in Aussicht gestellt.
- Großbritannien sagt eine Verringerung seiner Truppenpräsenz in Nordirland zu.
- Die Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit der Republik Irland wird nicht ausgeschlossen, wenn sich die Mehrheit der Nordiren dafür ausspricht.
- Der Government of Ireland Act wird zurückgenommen.
- Eine gemeinsame Kommission zur Aufklärung der Schicksale der Verschwundenen (The Disappeared), also Personen, die mutmaßlich von der IRA an unbekanntem Ort ermordet wurden, wird gegründet.

Ausgang der Abstimmung im Jahr 1998:

	Ja	Nein
Nordirland:	676.966 (71%)	274.879 (29%)
Republik Irland:	1.442.583 (94%)	85.748 (6%)



Ein Kampagnenposter für das „Good Friday Agreement“ während des Referendums.

Den englischen (35 Seiten langen) Text des Karfreitagsabkommens kann man **unter Eingabe der Artikelnummer 239** im www.irish-shop.de ansehen, lesen oder kostenlos downloaden („1000 Dokumente“).

Sollte jemand aus unserer Leserschaft über eine bereits vorhandene deutsche Übersetzung stolpern, wäre ein Hinweis an uns sehr nett! Danke.